



Forderungskatalog gegen Altersarmut

11.06.2012

Durch die sich verfestigende Langzeitarbeitslosigkeit und den seit der Hartz-IV-Reform anwachsenden Niedriglohnsektor (25% der abhängig Beschäftigten arbeiten im Niedriglohnsektor) wird Altersarmut in enormem Ausmaß entstehen.

Für 2009 gibt das Statistikamt im Sozialbericht für Berlin/Brandenburg an, dass 6,7 % der über 65jährigen unter 40% des fiktiven Durchschnittseinkommens von 1.350,00 EUR liegen. Dabei sind Frauen mit 8,1 % fast doppelt so stark betroffen wie Männer mit 4,9 %. 2010 sind es bereits 7,6 % (Frauen 9,0 % und Männer 5,9 %).

2009 gingen 65,8% der Männer und 82,1 % der Frauen in den neuen Bundesländern mit Abschlägen in die Rente (alte Bundesländer 50,8 % und 52,4 %).

Der durchschnittliche Rentenzahlbetrag betrug in den neuen Bundesländern 2009 726,00 EUR für Männer und 641,00 EUR für Frauen. Im Statistikbericht für Berlin und Brandenburg wird die landespezifische Armutsschwelle in 2009 mit 749,00 EUR angegeben.

Von den Rentenneuzugängen wechselten 16% in den alten und 32 % in den neuen Bundesländern aus der Arbeitslosigkeit oder Langzeitarbeitslosigkeit in die Rente.

Armut im Alter macht ein Altern in Würde unmöglich. Rentnerinnen und Rentner erleben seit Jahren Nullrunden oder niedrige Anpassungen, die die Verluste aus Vorjahren nicht ausgleichen. Die Preissteigerungsrate 2011 in Höhe von 2,3% wird durch die aktuelle Rentenanpassung 2012 in Höhe von 2,26 % in den neuen Bundesländern und , 2,18 in den alten Bundesländern nicht ausgeglichen. Für Gesundheit, Pflege, Wohnen und Mobilität sind gerade für ältere Menschen die Belastungen weiter deutlich gestiegen. Die Absenkung des Leistungsniveaus der gesetzlichen Rente von 2009 bis 2030 um 17 % wird nur unzureichend durch private Vorsorge kompensiert (es fehlen in prekären Beschäftigungsverhältnissen dafür die finanziellen Mittel). Betriebsrenten, private Altersvorsorge und Vermögen spielen in den neuen Bundesländern kaum eine Rolle. Die gesetzliche Rente macht in den NBL 98% aller Alterssicherungssysteme aus.

In Brandenburg erhielten Ende 2010 über 6.600 Menschen Grundsicherung im Alter und über 13.100 die Grundsicherung bei Erwerbsminderung. Die Anzahl steigt weiter an.

Die aktuellen Vorschläge der Bundesregierung für „Zuschussrente“, schrittweise „Anhebung der Zurechnungszeit auf 62 Jahre in 2029 bei der Erwerbsminderungsrente“ und „Verbesserung der Bewertung der letzten Jahre vor EM-Renten-Bezug“ sowie die „Kombirente“ (Hinzuverdienstmöglichkeiten bei vorzeitigem Bezug der Altersrente) sind unzureichend.

Erforderlich ist ein radikaler Armuts- und reichthumpolitischer Kurswechsel, wenn die Gesellschaft nicht kollabieren soll. Die sozialen Sicherungssysteme müssen armutsverhindernd gestaltet werden.

Deshalb fordern die Teilnehmer der lak Brandenburg: gegenüber der Bundespolitik:

- ✓ ein Rentensystem, in dem Menschen, die gearbeitet haben, auch wirklich eine Rente bekommen, von der sie leben können.
- ✓ Die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung, in die alle einzahlen und mit der mindestens die Beitragsstabilität gewährleistet werden muss.
- ✓ das Rentenniveau zu stabilisieren und den 2004 eingeführten Nachhaltigkeitsfaktor aus der Rentenanpassungsformel zu beseitigen.
- ✓ die Altersarmut präventiv zu bekämpfen durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und die Rückführung von prekären Arbeitsverhältnissen in reguläre, existenzsichernde, versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse auf dem ersten oder zweiten Arbeitsmarkt.
- ✓ die Absicherung von Langzeitarbeitslosen zu verbessern und für Phasen des ALG II –Bezugs Rentenansprüche zu gewährleisten.
- ✓ die Rente mit 67 als Rentenkürzungsprogramm solange aussetzen, bis durch eine entsprechende Arbeitsmarktpolitik die Beschäftigungsquote Älterer (derzeit nur 5,4% bis 27,4 % der 60-64jährigen) deutlich erhöht wurde.
- ✓ die Grundsicherung so auszugestalten, dass sie eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Sie ist insbesondere der Inflationsrate anzupassen.
- ✓ sich einzusetzen für einen Nachteilsausgleich zwischen Ost und West und für Frauen.
- ✓ sich einzusetzen, dass der enorme private Reichtum eines Teils der Menschen in unserem Land durch eine effektive und höhere Besteuerung hoher Einkommen sowie die Wiedereinführung einer echten Vermögenssteuer an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt wird und damit ein System unverantwortlicher Spekulation mit Mittel der Allgemeinheit eingedämmt wird.

Gegenüber der Landes- und Kommunalpolitik fordert die lak Brandenburg:

- ✓ dass sich die Landesregierung mit Unterstützung der Kommunalvertretungen auf der Ebene des Bundes für diese Forderungen stark macht.
- ✓ dass sich das Land Brandenburg und die Kommunen mit geeigneten Maßnahmen und Anreizen für eine sozial ausgestaltete Wohnungs- und Infrastrukturpolitik einsetzen, die bezahlbares und würdevolles Wohnen, Mobilität, Zugang zu gesundheitlicher und pflegerischer Versorgung sowie die gesellschaftliche Teilhabe im Alter ermöglichen. z.B. durch ein landesweites Förderungsprogramm für altersgerechtes bezahlbares Wohnen oder die Beauftragung von kommunalen Wirtschaftsunternehmen, angemessene Preise für Mieten, Energie, ÖPNV usw. zugunsten armer Menschen festzusetzen.

Landesarmutskonferenz Brandenburg

c/o Der Paritätische, Landesverband Brandenburg e.V., Tornowstraße 48, 14473 Potsdam
Telefon 0331/2849710